

Alles neu macht der Mai? Die Landtagswahlen im Saarland, in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen 2022

Antonios Souris, Jonathan Röders

Nach dem „Superwahljahr 2021“ standen in der ersten Jahreshälfte 2022 erneut drei Landtagswahlen an: im Saarland am 27. März, in Schleswig-Holstein am 8. Mai und in Nordrhein-Westfalen eine Woche später am 15. Mai. Die Landtagswahlen waren der erste Stimmungstest sowohl für die Bundesregierung aus SPD, Grüne und FDP unter Führung von Bundeskanzler Olaf Scholz als auch für die CDU in ihrer neuen Rolle als größte Oppositionspartei im Bundestag und Friedrich Merz als Bundesvorsitzenden. Nach der verlorenen Bundestagswahl stand für die CDU einiges auf dem Spiel, schließlich mussten drei ihrer Ministerpräsidenten ihr Amt verteidigen. Dabei hatte nur Daniel Günther in Schleswig-Holstein einen „echten“ Amtsbonus. Günther hatte die Landtagswahl im Jahr 2017 gewonnen und führte seitdem eine Jamaika-Koalition aus CDU, Grünen und FDP an. Die anderen beiden Ministerpräsidenten, Tobias Hans im Saarland und Hendrik Wüst in Nordrhein-Westfalen, hatten die Amtsgeschäfte in der laufenden Legislaturperiode von Annegret Kramp-Karrenbauer bzw. Armin Laschet übernommen und stellten sich somit zum ersten Mal

dem Votum der Wählerinnen und Wähler. Wüst war zum Zeitpunkt der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen erst wenige Monate im Amt.

Die Ergebnisse der drei Landtagswahlen werden in Abbildung 1 dargestellt. Im Saarland entfielen auf die SPD mit Spitzenkandidatin Anke Rehlinger über 40 Prozent der abgegebenen Stimmen. Mit 29 von 51 Sitzen im saarländischen Landtag stellt die SPD fortan allein die Regierung, während die CDU die Wahl deutlich verlor. Die zweitgrößten Einbußen verzeichnete die Linke nach dem Rückzug von Oskar Lafontaine: Mit einem Anteil von weniger als drei Prozent der abgegebenen Stimmen schied sie aus dem Landtag aus und besiegelte damit ihren Abwärtstrend seit dem historisch guten Wahlergebnis von 2009. Auch Grüne und FDP scheiterten (weniger deutlich) an der 5-Prozent-Hürde. Der AfD gelang hingegen knapp der Wiedereinzug in den Landtag.

Anders als im Saarland verschaffte der amtierende Ministerpräsident Günther der CDU in Schleswig-Holstein ihr bestes Ergebnis seit 2005. Die SPD landete mit 16 Prozent nur auf Platz drei hinter den Grünen. Während die AfD an der 5-



Antonios Souris
Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft
Freie Universität Berlin



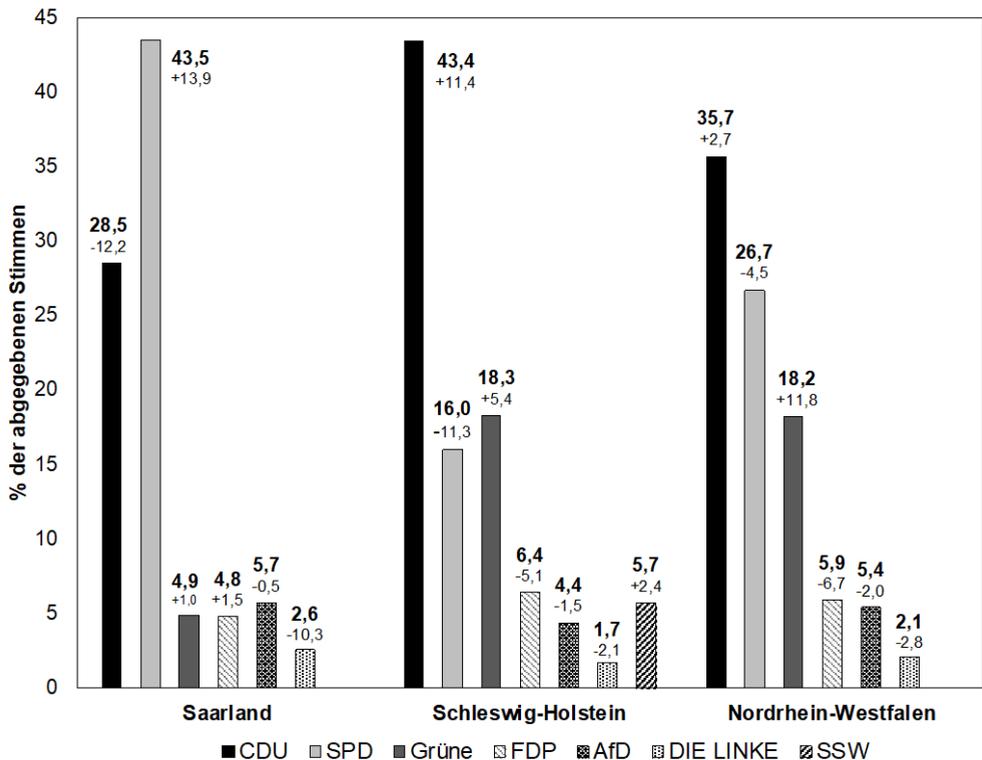
Jonathan Röders
Masterstudent – International Social and Public Policy
London School of Economics and Political Science (LSD),
London

Prozent-Hürde scheiterte, verlor die FDP zwar deutlich, bleibt aber mit fünf Sitzen im Landtag von Schleswig-Holstein vertreten. Auch wenn Günther mit 43,4 Prozent der Stimmen auf nur einen Koalitionspartner für eine Parlamentsmehrheit angewiesen gewesen wäre, strebte er zunächst die Weiterführung der bestehenden Jamaika-Koalition mit Grünen und FDP an. Da sich beide Partner gegen eine Neuaufgabe aussprachen, entschied sich Günther für ein Regierungsbündnis mit den Grünen.

Die Umfragen vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen sahen ein Kopf-an-Kopf-Rennen von CDU und SPD voraus. Das Ergebnis fiel dann allerdings eindeutig aus: Die CDU wurde

erneut stärkste Kraft und konnten ihr Ergebnis im Vergleich zur letzten Landtagswahl sogar leicht verbessern. Die SPD mit Spitzenkandidat Thomas Kutschaty fuhr hingegen ihr schlechtestes Ergebnis in der Geschichte des Bundeslandes ein. Neben der CDU sind die Grünen Wahlsieger in Nordrhein-Westfalen. Gleichzeitig rutschte die FDP auf 5,9 Prozent ab. Die AfD verlor ebenfalls an Stimmen und landete knapp dahinter. Die schwarz-gelbe Regierungskoalition war damit abgewählt. Wie sein Amtskollege Günther in Schleswig-Holstein entschied sich Ministerpräsident Wüst dafür, mit den Grünen eine Koalition auszuhandeln.

Abbildung 1: Ergebnisse der drei Landtagswahlen



Quelle: eigene Darstellung auf Grundlage der amtlichen Daten der Landeswahlleiter.

Landtagswahlen sind keine „Bundestagswahlen im Kleinen“. Das wird allein daran deutlich, dass landespolitische Themen für die Wählerinnen und Wähler besonders wichtig für die Wahlentscheidung sind.

Dieser Befund trifft auch auf die drei Landtagswahlen in der ersten Hälfte des Jahres 2022 zu, obgleich in Nordrhein-Westfalen bundespolitische Fragen infolge des russischen An-

griffskrieges auf die Ukraine eine vergleichsweise große Rolle spielten.¹ Aus den Ergebnissen der Landtagswahlen und der Regierungsbildung lassen sich dennoch erste Lehren für die Bundespolitik ziehen.

Rot-gelbe Ernüchterung, grüne Höhenflüge

Bei den drei Parteien der Bundesregierung fällt die Bilanz der Landtagswahlen unterschiedlich aus. Die SPD konnte zunächst im Saarland einen beachtlichen Erfolg feiern. In den anderen beiden Ländern verlor sie allerdings nicht nur im Vergleich zur jeweils letzten Wahl, sondern auch gegenüber der CDU deutlich. Während man sich in Schleswig-Holstein ohnehin keine großen Hoffnungen auf einen Regierungswechsel gemacht hatte, wog die Niederlage in Nordrhein-Westfalen schwer. Bundeskanzler Scholz hatte den SPD-Spitzenkandidaten Kutschaty im Wahlkampf massiv unterstützt. Auch deshalb war SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert darin bemüht, Schaden vom Bundeskanzler abzuwenden. Die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen sei demnach kein Votum über Scholz gewesen.² Am Wahlabend brachten einzelne Stimmen eine mögliche Ampelregierung für Nordrhein-Westfalen ins Spiel. Diese hätte zwar theoretisch eine Mehrheit im Landtag gehabt; auch aufgrund der historischen Niederlage der SPD war dies aber selbst in der eigenen Partei umstritten.

Die FDP erlebte sogar eine „Bauchlandung in der Realität“³: Sie wird an beiden Landesregierungen nicht mehr beteiligt sein. Das, was die Spitzen der FDP nach der Bundestagswahl verkündet hatten, nämlich ein Parteiensystem mit vier etwa gleich starken Parteien in der politischen Mitte – gemeint waren Union, SPD, Grüne und FDP –, bestätigt sich in den Landtagswahlen nicht. Die FDP verliert deutlich, gerade auch im Vergleich zu den Grünen. Für diese währte die Enttäuschung im Saarland nur kurz: Sie sind neben der CDU die großen Gewinner in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen. Die Grünen haben sich als eigenständige, dritte Kraft neben Union und SPD im Parteiensystem etabliert. Sie halten sich weiterhin ihre Koalitionsoptionen of-

fen – legen sich also weder auf die Ampel noch auf die SPD fest – und regieren in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen fortan mit der CDU.

Die Ampel im Schatten des Bundesrates

Inwieweit die Ampel-Koalitionäre ihre politischen Versprechen umsetzen können, hängt auch von den Kräfteverhältnissen im Bundesrat ab. In der Politikwissenschaft werden dessen parteipolitischen Mehrheiten mit Hilfe des „ROM-Schemas“ abgebildet. Der Bundesrat setzt sich aus den 16 Landesregierungen zusammen. Diese werden in drei Kategorien eingeteilt: „R-Länder“ sind die Regierungen, die von den Parteien der Bundesregierung getragen werden. „O-Länder“ sind das genaue Gegenteil, also Landesregierungen, die von Parteien der Bundesopposition getragen werden. In „M-Ländern“ setzen sich die Landesregierungen aus Parteien zusammen, die auf Bundesebene sowohl in der Regierung als auch der Opposition sind oder nicht dem Bundestag angehören.⁴ Durch die weitere Ausdifferenzierung der Parteiensysteme und in der Folge immer bunter werdenden Koalitionen in den Ländern ist eine Bundesratsmehrheit der M-Länder inzwischen die Regel.⁵ Damit rückt die „Bundesratsklausel“ in den Fokus. Diese wird in jeden Koalitionsvertrag eingefügt und schreibt vor, dass sich das Land im Bundesrat enthalten wird, falls keine Einigung unter den Koalitionären im Landeskabinett zustande kommt. Diese Enthaltung ist jedoch nur auf den ersten Blick eine „neutrale“ Position. Da im Bundesrat mit absoluter Mehrheit entschieden wird (35 von 69 Stimmen), zählen Enthaltungen nämlich de facto als Gegenstimmen.⁶

Vor den drei Landtagswahlen im Jahr 2022 konnte die Bundesregierung nur auf zwei R-Länder im Bundesrat zählen, nämlich die Ampelregierung in Rheinland-Pfalz sowie den rot-grünen Hamburger Senat (insgesamt sieben Bundesratsstimmen). Mit den Landtagswahlen im Saarland, in Nordrhein-Westfalen und in Schleswig-Holstein – drei M-Ländern – standen 13 Bundesratsstimmen zur Abstimmung. Selbst dann, wenn alle drei Länder ins R-Lager gewechselt wären,

hätte es im Bundesrat keine grundlegende Verschiebung der Mehrheitsverhältnisse zugunsten der Bundesregierung gegeben. Die Signalwirkung wäre dennoch enorm gewesen, zumal Nordrhein-Westfalen als größtes Bundesland auch in den informellen Koordinationsstrukturen des Bundesratsverfahrens eine gewichtige Rolle spielt. Allerdings wechselte nur das Saarland ins R-Lager, das nun also insgesamt zehn Stimmen im Bundesrat zählt. Die Mehrheit bilden weiterhin die M-Länder. Darunter fallen acht Landesregierungen, die von der CDU entweder angeführt werden oder an denen sie beteiligt ist. Auch dank der Bundesratsklauseln beeinflusst die Union damit 45 Stimmen im Bundesrat – eine komfortable Mehrheit, um die Vorhaben der Bundesregierung aus parteistategischem Kalkül heraus zu blockieren oder zumindest auszubremsten.

„Genosse Günther“ und die Neuausrichtung der CDU

Die CDU ist nach der Merkel-Ära selbst in einer Phase der Selbstfindung und (personellen) Neuausrichtung. Die Wahlsiege von Günther und Wüst haben eine erneute Debatte darüber angestoßen. Die Union konnte nach der Bundestagswahl in der Wählergunst leicht zulegen, verharrt jedoch in bundesweiten Umfragen⁷ deutlich unter 30 Prozent. Gleichzeitig liegen die persönlichen Beliebtheitswerte von Merz hinter denen des Kanzlers (und auch anderer Spitzenpolitikerinnen und -politiker) zurück. Ist die Oppositionspolitik von Merz also ein „Auslaufmodell“ und sollte besser einer der beiden erfolgreichen, jüngeren Ministerpräsidenten übernehmen?

Merz hat die CDU inzwischen als unbequemes Gegengewicht zur Bundesregierung etabliert und bedient sich als Oppositionsführer im Bundestag mitunter unkonventioneller, aber effektiver Mittel. Günther und Wüst punkten hingegen mit ihrer nahbaren, landesväterlichen Art. Anstatt die Wettbewerber zu attackieren, setzten beide Ministerpräsidenten auch im Wahlkampf auf die leisen Töne und verwiesen auf ihre landespolitischen Erfolge. Insbesondere der Politikstil von „Genosse Günther“, wie der Ministerpräsident Schleswig-Holsteins parteiintern genannt wird,⁸ unterscheidet

sich auffällig von demjenigen des Bundesvorsitzenden Merz. Die Aufgabenbeschreibung des Oppositionsführers im Bundestag ist aber auch eine andere als die des Ministerpräsidenten. Die CDU muss als Volkspartei für beide Aufgaben die passenden Persönlichkeiten finden – und dies scheint zu gelingen.⁹

AfD und Linke verlieren an Relevanz

Die AfD verpasste in Schleswig-Holstein zum ersten Mal den Wiedereinzug in einen Landtag und schaffte es bei den anderen beiden Landtagswahlen nur knapp über die 5-Prozent-Hürde. In den Wahlkämpfen versäumte sie es, Antworten auf zentrale politische Fragen wie Preissteigerungen und Energiesicherheit zu formulieren, während ihr Kernthema, die Zuwanderung, nur wenig Bedeutung hatte. Die teils widersprüchliche Haltung im Ukraine-Krieg und der offen ausgelegte Ost-West-Konflikt innerhalb der Partei schaden der AfD erheblich.¹⁰ Die strukturellen Probleme der AfD sitzen in Westdeutschland aber weitaus tiefer: Ohne eine breite, ideologisch gefestigte Stammwählerschaft ist die Partei von spezifischen Inhalten und Kandidaten abhängig, womit sie in den „alten“ Bundesländern nur wenig Erfolg zu haben scheint.

Für die Linke sieht es im Westen ähnlich düster aus. Bei allen drei Landtagswahlen verpasste sie die 5-Prozent-Hürde deutlich. Im Saarland flog die Linke nach 13 Jahren als drittstärkste Kraft aus dem Landtag. Der Niedergang der Saar-Linken ist eng mit dem Parteiaustritt Lafontaines verbunden, der seit 2009 Fraktionsvorsitzender und dreimal Spitzenkandidat war. Als „Zugpferd“ der linken Opposition konnte er mit seiner Popularität und forschen Rhetorik das Profil der Partei auch gegenüber der SPD schärfen.¹¹ Seinem Abgang von der politischen Bühne ging ein Streit innerhalb des Landesverbandes voraus, in dem Lafontaine dem Landesvorsitzenden Thomas Lutze eine Manipulation der Landesliste zur Bundestagswahl 2017 vorwarf. Dieser Machtkampf ließ die Saar-Linke mit einem Führungsvakuum in die Landtagswahl ziehen.¹² Auch auf Bundesebene ist die Partei zunehmend zerstritten.

Ausblick

Trotz der teils deutlichen Wahlniederlagen von SPD und FDP behält die Bundesregierung ihren politischen Kurs bei. Gerade der Bundeskanzler reagierte betont gelassen auf den Ausgang der Landtagswahlen. Allerdings ist die Aufbruchsstimmung der Ampelkoalition erst einmal verfliegen. Dasselbe gilt für den „grün-gelben Zitruszauber“¹³, den die Parteispitzen auch über gemeinsame Selfies in den sozialen Medien nach außen getragen hatten. Während die Grünen weiterhin Wahlsiege feiern, steht die FDP mit dem Rücken zur Wand. Streit ist vorprogrammiert und kündigt sich bereits in den öffentlich ausgetragenen Diskussionen um das anvisierte Aus für PKW-Verbrennungsmotoren oder die notwendigen Vorbereitungen für einen möglichen „Corona“-Herbst an. Vieles wird von der SPD und dem Kanzler abhängen, die verschiedenen Positionen der Koalitionäre zu moderieren und im tagespolitischen Geschäft zusammenzubringen – ohne dabei das eigene Profil zu verlieren. Zwar hat keine der drei Parteien ein Interesse daran, dass die Ampel-Koalition im Bund scheitert; allerdings scheint sie tatsächlich mehr Zweckbündnis als Wunschkoalition zu sein. Während zumindest in den westdeutschen Ländern die politischen Ränder zerbröseln, ist der Parteienwettbewerb zwischen SPD, CDU, Grünen und FDP offen wie selten zuvor. Mit den Koalitionsbildungen in Kiel und in Düsseldorf rückt dabei ein schwarz-grünes Regierungsbündnis verstärkt ins (mediale) Interesse, da es auch eine Option für den Bund sein dürfte. Eine kreative Bezeichnung für dieses Bündnis hat man längst gefunden: die „Avocado“-Koalition.

Anmerkungen

- 1 Hirndorf, Dominik, Viola Neu (2022): Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 15. Mai 2022. Vorläufiges Ergebnis. Konrad-Adenauer-Stiftung, Monitor Wahl- und Sozialforschung. Verfügbar unter: <https://bit.ly/3aylW38> [06.06.2022].
- 2 Zeit Online (2022): Landtagswahl in NRW. Kevin Kühnert sieht trotz Wahlergebnis Zuspruch für Bundeskanzler. Verfügbar unter: <https://bit.ly/3NZNeOe> [06.06.2022].
- 3 Krüger, Paul-Anton (2022): FDP. Bauchlandung in der Realität. Süddeutsche Zeitung, 16. Mai 2022. Verfügbar unter: <https://bit.ly/3NtgAVv> [06.06.2022].
- 4 Müller, Markus M., Roland Sturm, Patrick Finke & Antonios Souris (2020): Parteipolitik im Bundesrat. Der Bundesrat und seine Ausschüsse. Baden-Baden: Nomos, hier insbesondere S. 87f.
- 5 Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages (2022): Kapitel 10.3. Bundestag und Bundesrat. Verfügbar unter <https://bit.ly/3NgvRpY> [06.06.2022], hier insbesondere S. 13.
- 6 Stecker, Christian (2021): Blockierte Mehrheit: Warum die Vetomacht des Bundesrates ein Demokratieproblem ist. In: Verfassungsblog. Verfügbar unter: <https://verfassungsblog.de/blockierte-mehrheit/> [06.06.2022].
- 7 Infratest dimap (2022): Sonntagsfrage Bundestagswahl, Stand 24.06.2022. Verfügbar unter: <https://bit.ly/3OTKFOA> [01.07.2022].
- 8 Dunz, Kristina (2022): Genosse Günther – Hilfe und Gefahr für Merz. RND, 7. Mai 2022. Verfügbar unter: <https://bit.ly/3Hnqs0S> [14.06.2022].
- 9 Otto, Ferdinand (2022): Ein Landesvater macht noch keinen Kanzlerkandidaten. Zeit Online, 16. Mai 2022. Verfügbar unter: <https://bit.ly/3MMZroB> [14.06.2022].
- 10 Huber, Eva (2022): AfD nach Schleswig-Holstein-Wahl. Gegenseitige Schuldzuweisungen. Tagesschau.de, 09. Mai 2022. Verfügbar unter: <https://bit.ly/3xTijod> [15.06.2022].
- 11 Schmidt-Lunau, Christoph (2022): Linke-Pleite bei Saarland-Wahl. Ratlosigkeit einer Partei. taz, 28. März 2022. Verfügbar unter: <https://bit.ly/3aR35R1> [15.06.2022].
- 12 Palzer, Kerstin (2022): Dieser Austritt ist auch ein Nachtreten. Tagesschau.de, 17. März 2022. Verfügbar unter: <https://bit.ly/3NYLGVa> [15.06.2022].
- 13 Feld, Christian, Nicole Kohnert und Markus Sambale (2022): Ampel-Bündnis. Ernüchterung statt Euphorie. Tagesschau.de, 27. Mai 2022. Verfügbar unter: <https://bit.ly/3MonMkC> [06.06.2022].